

INFORMATION der Ratsfraktion der MBI - Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Fraktionsgeschäftsstelle:
Tel.: 3899810 Fax: 3899811

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Haushalt und Haushalten: **In Mülheim getrennte Welten?!**
Mit Riesenschritten Richtung Dritte-Welt-Verhältnisse?



Mülheim auf Crashkurs?! MBI fordern: Schulsanierung statt Ruhrbania!

Nach 8 Jahren nicht genehmigungsfähigem Haushalt und vorläufiger Haushaltsführung ist auch der Mülheimer Etatentwurf für 2006, in der Ratsitzung am 29. Sept. vorgestellt, eine Bankrotterklärung in reinsten Form!

Hilfe aus Düsseldorf, Berlin oder Brüssel ist kaum zu erwarten. Schönfärberei und unbezahlbare, windige sog. „Leuchtturmprojekte“ können die Riesenkrise bald dramatisch werden lassen. Deshalb: die Zeit ist überreif für die seit Jahren von den MBI erhobenen Forderungen: **„Ruhrstadt statt Ruhrbania“ und „Vorrang für Schulsanierung“**

Die jährlichen Fehlbeträge von bereits hiobsartigen 90 Mio. Euro aus 2004 werden sich in 2006 auf 182 Mio. Euro verdoppeln, und das bei nur 338 Mio Einnahmen! OB Mühlenfeld und Kämmerer Bultmann wollen durch ÖPNV-Kürzungen und Personalreduzierung sparen, aber die Ausgaben für Ruhrbania mit all seinen unbezahlbaren Einzelplänen (Ruhrpromenade mit teurem Hafenbecken, Rathaus-Teilabriss, Medienhaus, Kongresszentrum mit Hotel an der Stadthalle, Büropark Flughafen uswusf.) weiter erhöhen!

Die kommunale Aufsichtsbehörde, sprich Regierungspräsident Büssow, durfte auch den Mülheimer Haushalt 2005 nicht genehmigen, also gilt weiter das Nothaushaltsrecht.

Bereits den Doppelhaushalt 1998/99 von Schwarz-Grün konnte der RP nicht genehmigen, weil damals 23 Mio DM fehlten. Seither war kein Haushalt mehr genehmigungsfähig - weder unter OB Baganz (CDU), noch unter OB Mühlenfeld (SPD). 2005 beträgt das Haushaltloch ca. 100 Mio Euro, also 200 Mio. DM (im Vergleich zu 23 Mio 1999!), und das, obwohl in der Zwischenzeit unser wichtigstes Tafelsilber (RWW-Anteile, Müll+Straßenreinigung, Abwasser und z.T. RWE-Aktien) verkauft wurde.

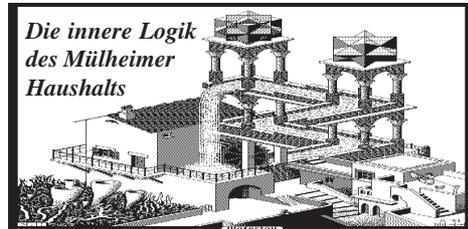
Die Prioritätenliste der städt. Ausgaben musste überarbeitet werden. Anstatt der vorgesehenen 23 Mio Euro darf die Stadt in 2005 nur noch 13 Mio für Investitionen ausgeben - in 2006 noch weniger. Da die Ruhrbania-Fans von SPD, CDU, FDP und Grünen beim Prestigeobjekt nichts streichen wollen, trifft es hauptsächlich Schulen und Sportstätten. Der Immobilienservice schreibt dazu :

„... eine ordnungsgemäße Nutzung zahlreicher Immobilien ist nicht mehr möglich (Teil-) Schließungen zahlreicher städtischer Gebäude aufgrund von Unfall- und Gesundheitsgefahren unvermeidlich Schon jetzt ... in etlichen Gebäuden Verstöße gegen rechtliche Bestimmungen zur Gebäudesicherheit und Gesundheitsgefahren für die Nutzer (z.B. durch Schadstoffe oder Schimmelbefall) in Kauf genommen“

Der NRZ war zu entnehmen, dass die Toiletten in verschiedenen Mülheimer Schulen auf Dritte-Welt-Niveau heruntergekommen sind.

Der Sanierungstau an Mülheimer Schulen soll im Bereich zwischen 80 und über 100 Mio. Euro liegen, in 2000 waren es noch ca. 40 Mio. DM!

Woher das Geld dafür kommen soll, ist ungewiss, nachdem in den letzten Jahren trotz Haushaltssperre freizügig die Gelder in großem Maße verpulvert wurden, z.T. im Vorgriff auf Ruhrbania-Luftschlösser wie die Anmietung des SWB-Wohnturms auf 25 Jahre als technisches Rathaus, damit der Rathasteil Ruhrstraße abgerissen werden kann, oder die Anmietung des leerstehenden ex-Möbel-Nohlen-Gebäudes auf 25 Jahre, um das Bürgeramt vom Viktoriaplatz zu verlagern, damit dort das Medienhaus hin kann, wofür dann die Bücherei abgerissen werden soll für neue Wohnungen bzw. Büros an der zukünftig angedachten Ruhr-



Warum der RP als Aufsichtsbehörde das alles geschehen ließ, ist nicht nachvollziehbar!

Immobilien-service, Grün&Wald, EB Kultur, MSS, MST, MVG, M&B, SEM und MEG.. Jede der Ausgliederungen brauchte Werksleiter und ein oder zwei Geschäftsführer. Dezernate und Ämter blieben aber zum größten Teil bestehen, die Gesamtzahl der leitenden Stellen erhöhte sich also deutlich. Wenn die Möglichkeit der Ämterzusammenlegung besteht, wird sie z.T. nicht wahrgenommen - vgl. Ordnungs- und Rechtsamt in diesem Jahr - und die Zahl der Dezernenten bleibt, weil alles zwischen SPD und CDU bzw. Grünen von langer Hand so abgesprochen ist.

Unglaublich, dass SPD, CDU und Grüne direkt im Anschluss an die Einbringung des Katastrophenetats einen neuen Kämmerer (per Tischvorlage!) und einen neuen Kulturdezernenten beschlossen!

Die Realitätsresistenz von OB + SPD + CDU + Grünen hat etwas Unwirkliches, aber auch sehr Bedrohliches! Wen vertreten diese „Volksvertreter“ denn, wenn sie solche Beschlüsse fassen?

Als Steuer- und Gebührenzahler aber wird einem nur noch schwindelig!!!

Bei höheren Pöstchen ist in Mülheim überhaupt kein Sparwille erkennbar, im Gegenteil. Seit Jahren wurden alle möglichen Bereiche ausgegliedert als Eigenbetrieb bzw. GmbH:

Dezernent Horn geht im April in Ruhestand. SPD und CDU haben den Posten für die CDU vorgesehen (ausgetauscht), damit dann die SPD den Nachfolger von Cleven stellen kann. Dabei könnte Horns hochdotierter Posten problemlos gestrichen werden. Deshalb hatten die MBI beantragt, die freiwerdende Dezernentenstelle einzusparen und die für den evtl. Nachfolger verbleibenden Aufgaben auf andere Dezernate zu verteilen. Der plötzliche Wechsel des Kämmers zur MEG - mitten in der Amtszeit! - aber stinkt zum Himmel.

MBI-Forderungen für eine ernstgemeinte Haushaltssanierung :

1. **Sicherung des Bestandes statt Neubauten und windiger Ideen**, in der Hoffnung auf Fördergelder aus leeren Landes- und Bundestöpfen
2. Konsequenter und **sofortiger Beginn interkommunaler Durchleuchtung aller Bereiche, um über Kooperationen, Zusammenlegung** usw. um die zerstörerische Konkurrenz der Ruhrgebietskirchtürme endlich anzugehen.
3. Einstieg in einen ernsthaften und **auch für die Bürger transparenten Haushaltsentwurf**, der nicht nur Zeit gewinnen will. **Haushaltssanierung muss wirklich gewollt sein!**
4. **Schlendrian und Filz müssen endlich angegangen werden**. Ernsthafte Haushaltssanierung ist ohne nicht möglich!
5. **Haushaltssanierung muss auch glaubwürdig sein**, d.h. z.B. im Personalbereich **Einsparung von oben nach unten** und nach Gesichtspunkten der Notwendigkeit für die Bürger, aber nicht die Beschränkung von Dienstleistungen im Rasenmäherprinzip. Es gibt keine Alternative dazu, **Dezernenten- und Amtsleiterstellen dann abzuschaffen, wenn sich die Möglichkeit bietet und so den Wasserkopf deutlich zu reduzieren.**